Solidarität mit den palästinensischen Gefangenen

Solidarität mit dem Widerstand der PalästinenserInnen gegen Apartheid und ethnische Säuberung

Quelle: 927mag.com

„Lasst unsere Gefanenen frei, oder verhaftet uns alle" Demonstration vor dem Ofer-Militärgefängnis

Mit einem Hungerstreik protestierten Häftlinge zwei Monate lang gegen die Praxis des Staats Israel, Palästinenser ohne Anklage und ohne Gerichtsprozess auf unbegrenzte Zeit in sogenannter „Administrativhaft" einzusperren.

Administrativhaft ist nach internationalem Recht sehr streng begrenzt und darf nur in äußersten Ausnahmefällen für sehr kurze Zeit angewendet werden.

Wenig beachtet von den deutschen Medien leisteten palästinensische politische Gefangene bis vor wenigen Tagen mit einem Hungerstreik zivilen Widerstand gegen die Menschenrechtsverletzungen durch den Staat Israel. Der israelische Staat verhaftet fast täglich PalästinenserInnen und hält sie über Jahre in der so genannten. „Administrativhaft", ohne dass sie Angaben oder Beweise für den Haftgrund erhalten.

Derzeit befinden sich mehr als 5000 palästinensische politische Gefangene in israelischen Gefängnissen, 196 von ihnen sind Kinder, fast 200 werden in Administrativhaft festgehalten.

Die palästinensische Gefangenenhilfsorganisation *Addameer* forderte am Donnerstag, 26 Juni 2014, dem internationalen Tag zur Unterstützung der Folteropfer von den Vereinten Nationen, eine Untersuchungskommission einzurichten, die die massive Verletzungen der Konvention gegen Folter durch den Staat Israel untersucht und ein Verfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof ermöglicht.

Als eine Form von Folter, die schwere Gesundheitsschäden zur Folge haben kann, gilt unter anderem die Zwangsernährung von Hungerstreikenden. Dies stellte die 1947

gegründete World Medical Association (10 Millionen Mitglieder weltweit) angesichts der Tatsache klar, dass Israel derzeit die Zwangsernährung von Hungerstreikenden per Gesetz legalisieren will.

Felicia Langer, jüdische Rechtsanwältin, Trägerin des Alternativen Nobelpreises und des Bundesverdienstkreuzes, die viele palästinensische politische Gefangene verteidigt hat, erklärte angesichts des jüngsten Hungerstreiks:

„Sie kämpfen gegen die ohne Gerichtsverfahren verhängte völkerrechtswidrige Administrativhaft, die das Symbol der Willkür der kolonialen israelischen Besatzung ist. Ihr heldenhafter Kampf mit ihrem Körper als einziger Waffe wird in die Geschichte eingehen! .... Ich appelliere an die Weltgemeinschaft, an alle Menschen mit Gewissen auf der ganzen Welt: Brecht das Schweigen! Verurteilt die völkerrechtswidrigen israelischen Taten. Angesichts von Unrecht und Besatzung bedeutet Schweigen nichts anderes als Mittäterschaft!“ ... (aus ihrem Aufruf vom 24.6.2014).

Die vergangenen zwei Wochen brachten einen erneuten Höhepunkt der Menschenrechtsverletzungen durch den Staat Israel. Unter dem Vorwand, 3 entführte jugendliche israelische Siedler aus einer Westbank-Siedlung zu suchen, marschierte die israelische Armee in alle größeren palästinensischen Städte und Dörfer ein. Sie verhaftete Hunderte Menschen und tötete sechs (darunter 2 Jugendliche), teilweise mit gezielten Schüssen in Kopf und Brust; 120 wurden verletzt und 1350 Häuser durchsucht.
Zahlreiche Menschenrechtsgruppen, darunter Amnesty International, B'Tselem, Breaking the Silence, Rabbis for Human Rights verurteilten dies als Kollektivstrafe.

Die Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost – EJJP Germany erklärt dazu:

„....Seit vielen Jahren werden palästinensische Jugendliche von israelischen Soldaten festgenommen und in israelische Gefängnisse verschleppt. Häufig geschieht dies mitten in der Nacht, ohne Haftbefehl und ohne konkreten Haftgrund.
Im Durchschnitt wird alle drei Tage ein palästinensisches Kind inhaftiert oder ermordet. Seit 2000 sind 1518 palästinensische Kinder von israelischen Sicherheitskräften oder fanatischen Siedlern getötet worden.
Zurzeit befinden sich annähernd 200 palästinensische Jugendliche unter 18 Jahren, darunter fast 30 unter 16 Jahren, in israelischen Gefängnissen – ohne ordentliche Anklage und mit nur unzureichendem Besuchsrecht für Angehörige und Anwälte.
Rund 190 palästinensische Häftlinge werden zurzeit ohne jede Anklage in israelischer Haft festgehalten. .....

Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass ohne irgendwelche Hinweise oder Geständnisse, die Hamas oder andere für die Tat verantwortlich gemacht werden, um die gesamte palästinensische Bevölkerung, selbst die von Gaza, kollektiv zu bestrafen, erneut in hunderte Häuser einzubrechen, Menschen zu verhaften oder zu ermorden. Das politische Ziel dieser Kampagne, die wenig mit der Suche und Befreiung der Geiseln zu tun zu haben scheint, dürfte eher darin liegen, die erst kürzlich erreichte Einigung innerhalb der palästinensischen politischen Lager zu unterminieren. Wir verurteilen dieses Vorgehen der israelischen Regierung entschieden und erwarten von den deutschen Medien, dass sie bei ihrer Berichterstattung den gesamten Kontext kritisch mit berücksichtigen.

Die gesamte Erklärung findet sich im Internet unter:
www.juedische-stimme.de/?p=1461

Wir fordern alle auf, die die Menschenrechte achten, sich dem Aufruf von 171 zivilgesellschaftlichen palästinensischen Organisationen anzuschließen, die den Boykott, Desinvestition und Sanktionen gegen den Staat Israel fordern, solange bis die Menschenrechte der PalästinenserInnen verwirklicht sind.

Weitere Infos im Internet:
www.bdsmovement.net
www.bdsberlin.org

palaestinakomitee-stuttgart.de
jnf-machenschaften.de

www.btselem.org/topic/administrative_detention

28.06.2014

V.i.S.d. P. Palästinakomitee Stuttgart e.V. c/o M. Kunkel, Rosengartenstr. 80, 70184 Stuttgart